



SALZBURGER
JAHRBUCH
FÜR POLITIK
2018

böhlau

Herausgeber:
CHRISTIAN DIRNINGER / REINHARD HEINISCH
ROBERT KRIECHBAUMER / FRANZ WIESER



Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger ·
Hubert Weinberger

Band 72/1

Wissenschaftlicher Beirat des Salzburger Jahrbuchs für Politik:

Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs, Universität Salzburg
Mag. Ernestine Berger, Institut für Grundlagenforschung
Univ.-Prof. Dr. Christian Dirninger, Universität Salzburg
Dr. Franz Fallend, Universität Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Heinisch, Universität Salzburg
Karl Kern, ORF-Landesstudio Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Andreas Koch, Universität Salzburg
Univ.-Prof. Dr. Robert Kriechbaumer, Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek
Dr. Günther Marchner, ConSalis e. Gen.
Dr. Armin Mühlböck, Universität Salzburg
Dr. Markus Pausch, FH Salzburg
Chefredakteur Manfred Perterer, Salzburger Nachrichten
Univ.-Prof. Dr. Walter Scherrer, Universität Salzburg
Mag. Stefan Wally, Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Mag. Franz Wieser MBA, Landes-Medienzentrum Salzburg

SALZBURGER JAHRBUCH FÜR POLITIK 2018

Herausgeber

Christian Dirninger/Reinhard Heinisch/Robert Kriechbaumer/Franz Wieser

Wissenschaftliche Redaktion

Franz Fallend und Armin Mühlböck

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Kőlbhgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschőtzt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Făllen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Walter Pichler

Korrektorat: Philipp Rissel, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-20865-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
FRANZ FALLEND Vom Finanzskandal zur „Normalisierung“. Eine Analyse der Salzburger Landtagswahlen 2013 und 2018	9
ARMIN MÜHLBÖCK Wahlen im Schatten des Salzburger Finanzskandals. Die vorgezogenen BürgermeisterInnenwahlen in der Stadt Salzburg im Herbst 2017	49
STEFAN WALLY Politische Partizipation in Salzburg	73
REINHARD HEINISCH/ERNESTINE BERGER Analyse der schwarz-grün-gelben Regierungsperiode 2013–2018	105
WALTER SCHERRER Der Salzburger Finanzskandal	142
HERBERT PRUCHER/SEBASTIAN RATHNER/ MATTHIAS STÖCKL Wie Goldoptionen und Wetterderivate im Land Salzburg zur größten Verwaltungsreform der letzten Jahrzehnte geführt haben	178
FRANZ DOLLINGER Raumordnung im Widerstreit politischer Interessen. Welche politische Ebene trägt die Verantwortung für den Titel „Europameister im Flächenverbrauch“?	204
MARKUS PAUSCH Politische Gleichheit in der Salzburger Demokratie. Transparenz, Repräsentation und Partizipation	232
FRANZ WIESER Flüchtlingskrise in Salzburg aus der Perspektive des Landes Salzburg	252

URSULA LIEBING/JOSEF P. MAUTNER

„... es war für uns alle eine Selbstverständlichkeit zu helfen.“

Fluchtbewegungen 2015 in Salzburg – menschenrechtliche und zivilgesellschaftliche Perspektiven 271

REINHARD HOFBAUER

Armut in Salzburg. Messung, Ausmaß, Hintergründe 300

HELMUT P. GAISBAUER

Bettelverbote und Armutsdebatte in Salzburg 323

Stellungnahmen der Parteien. Bilanz und Perspektiven 350

Chronik 2010–2018 367

Kurzbiographien Salzburger Jahrbuch für Politik 2018 374

Vorwort der Herausgeber

Das erstmals 1989 erschienene „Salzburger Jahrbuch für Politik“ bildete einen Meilenstein in der politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Forschung zu Österreichs Regionen. Leider wurde das Erscheinen dieses Jahrbuchs im Jahr 2010 eingestellt, wodurch eine empfindliche Lücke in der wissenschaftlichen Erforschung des Landes entstand.

Nunmehr ist es in einer Zusammenarbeit des Fachbereichs Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Salzburg, des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek sowie des Landesmedienzentrum Salzburg gelungen, das Jahrbuch wieder zu beleben. Vor Ihnen liegt die erste Ausgabe der neuen Reihe, das „Salzburger Jahrbuch für Politik 2018“. Im Zwei-Jahres-Rhythmus werden die weiteren Ausgaben erscheinen.

Wie sein Vorgänger verfolgt auch das neue „Salzburger Jahrbuch für Politik“ als übergeordnetes Ziel, einen Reflexionsanstoß für den öffentlichen politischen Diskurs in Salzburg zu geben. Ein wissenschaftlich-analytischer Zugang und die Einbettung der Inhalte in einen größeren österreichischen und europäischen Kontext stellen dabei wichtige Aspekte dar. In einer Zeit, in der Gesellschaft und Politik von zunehmender Beschleunigung, Unübersichtlichkeit, Individualisierung und Partikularisierung der Interessen geprägt wirken, ist das öffentliche Reflektieren und Diskutieren darüber, was alle SalzburgerInnen betrifft, von erheblicher Bedeutung. Im Jahrbuch werden aktuelle und auch medial weniger beachtete, aber relevante Themen aus der Salzburger Politik ausgewählt, um ein möglichst breites Interesse für die Landespolitik und die Politik in den Gemeinden zu wecken.

Die inhaltliche Konzeption des Jahrbuches obliegt einem Wissenschaftlichen Beirat, dem namhafte Persönlichkeiten angehören und der die völlige parteipolitische Unabhängigkeit der Publikation garantiert. Für den Inhalt ihrer Beiträge sind letztlich die AutorInnen selbst verantwortlich, diese geben daher nicht Meinungen der Herausgeber oder der Redakteure wieder. Die Herausgeber, die Redakteure und die AutorInnen übernehmen auch keine Verantwortung für die Inhalte von verlinkten Webseiten.

Die Herausgeber bedanken sich bei allen AutorInnen, die mit ihren Analysen dazu beitragen, die politischen Prozesse in unserem Bundesland besser zu verstehen und bewerten zu können.

Salzburg, Dezember 2018

Christian Dirninger
Robert Kriechbaumer

Reinhard Heinisch
Franz Wieser

FRANZ FALLEND

Vom Finanzskandal zur „Normalisierung“

Eine Analyse der Salzburger Landtagswahlen 2013 und 2018

1. EINLEITUNG

Die jüngsten Landtagswahlen in Salzburg 2013 und 2018 fanden unter Bedingungen statt, die kaum unterschiedlicher hätten sein können. Bei der Wahl 2013 handelte es sich um eine infolge des Finanzskandals vorgezogene, unter dramatischen Begleitumständen abgehaltene Wahl. Eine in der Finanzabteilung des Landes tätige Beamtin hatte auf den internationalen Finanzmärkten 340 Mio. Euro Landesgelder verspekuliert. Der Skandal überschattete den Wahlkampf. Die These, dass hier nur eine Einzeltäterin am Werk gewesen war, musste bald zugunsten der These eines grundsätzlichen System- und Kontrollversagens aufgegeben werden, das die landespolitischen EntscheidungsträgerInnen, allen voran die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, zu verantworten hatten. Es war daher kein Wunder, dass besonders die SPÖ als führende Regierungspartei, aber auch die ÖVP erheblich an Stimmen verloren, während die Oppositionsparteien – die Grünen mehr, die FPÖ weniger – zulegen konnten und das Team Stronach als neue Partei den Sprung in den Landtag schaffte. Die Wahl 2013 war also klar von einem landespolitischen Thema geprägt, wenngleich sich auch in der Salzburger Bevölkerung, einem österreichweiten Trend folgend, schon seit einiger Zeit parteien- und elitenkritische Einstellungen ausgebreitet hatten und von Einfluss auf das Wahlergebnis waren. Um einen politischen Neuanfang zu signalisieren, wurde nach der Wahl eine Landesregierung aus ÖVP, Grünen und Team Stronach gebildet, die es in dieser Form in Österreich noch nicht gegeben hatte.

Die Wahl 2018 verlief unter ganz anderen Vorzeichen. Die 2013 gebildete Landesregierung hatte es geschafft, die Finanzprobleme des Landes ohne größere wirtschafts- und sozialpolitische Verwerfungen in den Griff zu bekommen und eine sachorientierte, von äußerer Harmonie zwischen den Regierungsparteien geprägte Politik zu betreiben. Die ÖVP unter ihrem populären Parteivorsitzenden und Landeshauptmann Wilfried Haslauer konnte folglich einen vorhersehbaren Wahlsieg einfahren. Dass die Grünen ihr den besonderen Umständen zu verdankendes Traumresultat von 2013 nicht würden halten können, war klar – ebenso, dass das Team Stronach, das sich inzwischen österreichweit aufgelöst hatte, wieder von der politischen Bühne verschwinden

würde. SPÖ und FPÖ sollten hingegen absehbare Ergebnisse erzielen, wenngleich die Kandidatur der von der FPÖ abgespaltenen Freien Partei Salzburg (FPS) des FPÖ-„Urgesteins“ Karl Schnell einen gewissen Unsicherheitsfaktor bedeutete.

Wegen der im Land wieder eingekehrten weitgehenden Ruhe kam bei der Landtagswahl 2018 bundespolitischen Entwicklungen wieder ein größerer Einfluss zu, zumal dort kurz zuvor eine politische Wende eingeleitet worden war. Nach einem polarisierenden, um das Thema Flüchtlingspolitik kreisenden Wahlkampf zur Nationalratswahl 2017 hatte Ende des Jahres eine aus ÖVP und FPÖ zusammengesetzte Bundesregierung mit dem neuen ÖVP-Bundespartei-vorsitzenden Sebastian Kurz als Bundeskanzler ihr Amt angetreten. Der von der neuen Regierung angekündigte Reformkurs stieß von Anfang an auf heftige Kritik der Opposition (SPÖ, NEOS, Liste Pilz). Die im Frühjahr 2018 angesetzten Landtagswahlen – in Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg – boten daher für die WählerInnen auch eine Chance, ihre Unterstützung bzw. Missbilligung der Politik der neuen Bundesregierung kundzutun.

Der folgende Beitrag analysiert die beiden 2013 und 2018 in Salzburg abgehaltenen Landtagswahlen, wobei der jeweilige Einfluss landes- bzw. bundespolitischer Faktoren herausgearbeitet werden soll. Zu Beginn werden kurz einige theoretische Erklärungsansätze und Rahmenbedingungen dargestellt, die als Grundlage für die anschließende empirische Analyse dienen: Welche Faktoren beeinflussen individuelles Wahlverhalten? Welchen Einfluss haben nationale Verhältnisse bzw. Entwicklungen auf die Ergebnisse regionaler Wahlen? Welche österreichweiten Entwicklungen der politischen Kultur haben Auswirkungen auf Landtagswahlen? Darauf folgt für beide Wahlgänge eine systematische Analyse der politischen Ausgangslage, des Wahlkampfes, des Wahlergebnisses und der Regierungsbildung.¹ Um herauszufinden, ob die Salzburger WählerInnen in ihrem Stimmverhalten zwischen Nationalrats- und Landtagswahlen unterscheiden, sollen die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen zudem mit der jeweils nächstgelegenen Nationalratswahl (2013 bzw. 2017) verglichen werden. Ein Resümee rundet den Beitrag ab.

1 Da zur Landtagswahl 2013 bereits einige politikwissenschaftliche Studien (u. a. von Herbert Dachs und Armin Mühlböck) veröffentlicht wurden und der Wahlkampf und die Regierungsbildung auch im Beitrag von Reinhard Heinisch und Ernestine Berger im vorliegenden Jahrbuch dargestellt werden, wird die Wahl 2013 in kürzerer Form als die Wahl 2018 behandelt.

2. ERKLÄRUNGSANSÄTZE UND RAHMENBEDINGUNGEN

2.1 Theorien individuellen Wahlverhaltens

Das individuelle Wahlverhalten – bei regionalen ebenso wie bei nationalen oder sonstigen Wahlen – wird von bestimmten allgemeinen Faktoren beeinflusst. In der politikwissenschaftlichen Literatur werden dazu drei klassische Erklärungsansätze verfolgt, die sich auch teilweise überschneiden:² Nach dem soziologischen Ansatz haben soziale Merkmale der BürgerInnen, wie z. B. ihr sozioökonomischer Status, ihre Religionszugehörigkeit oder ihre Wohnungsgemeinschaft, einen bestimmenden Einfluss darauf, welche Partei sie wählen werden. Im Mittelpunkt des sozialpsychologischen Ansatzes steht hingegen die sogenannte Parteiidentifikation. Darunter wird eine durch politische Erfahrungen entwickelte affektive Bindung an eine bestimmte Partei verstanden, die ihrerseits wie ein WahrnehmungsfILTER bei der Beurteilung der von den Parteien nominierten KandidatInnen und der von ihnen beworbenen Themen wirkt. Beiden Ansätzen ist gemein, dass ihre Erklärungskraft in den letzten Jahrzehnten infolge gestiegener Mobilität, Bildungsexpansion, Säkularisierung und Individualisierung stark nachgelassen hat. Der dritte, auf der Annahme rationalen Wahlverhaltens beruhende Ansatz geht davon aus, dass mündige BürgerInnen bei ihrer Wahlentscheidung sorgfältig abwägen, welche Partei ihnen als Regierungspartei den größten Nutzen bringt. Sie orientieren sich dabei an aktuellen Themen („Issues“) und der den Parteien bzw. PolitikerInnen dafür zugeschriebenen Problemlösungskompetenz, bei mangelnden Informationen auch an ihrer Parteiidentifikation. An diesem Ansatz wird häufig dessen unrealistisches Bild von allseits mündigen, informierten BürgerInnen kritisiert.

Die nachfolgende Analyse der Salzburger Landtagswahlen wird versuchen herauszuarbeiten, welchen Einfluss die genannten Aspekte – soziale Merkmale der WählerInnen, Parteiidentifikation, KandidatInnen und Themen – bei der Wahlentscheidung der BürgerInnen jeweils hatten.

2.2 Regionale Wahlen vor nationalem Hintergrund

Neben den allgemeinen, das individuelle Wahlverhalten beeinflussenden Faktoren ist bei regionalen Wahlen außerdem zu berücksichtigen, dass diese nicht isoliert von den nationalen Verhältnissen bzw. Entwicklungen betrachtet werden können. Lange Zeit wurden regionale Wahlen nur als „Wahlen zweiter Ordnung“ betrachtet, bei denen es „um weniger geht“, sodass die WählerInnen

2 Eine umfassende Darstellung und Bewertung der verschiedenen Ansätze bietet das Werk von Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.) (2014). Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden.

dabei eher ihre (Un-)Zufriedenheit über die nationale, weniger die über die regionale Politik artikulieren. Daraus wurde abgeleitet, dass die Wahlbeteiligung bei regionalen Wahlen häufig geringer ausfallen würde als bei nationalen Wahlen und dass an der nationalen Regierung beteiligte Parteien bei regionalen Wahlen eher Stimmen verlieren, während auf nationaler Ebene in Opposition befindliche Parteien eher Stimmen gewinnen würden.³ Jüngere Analysen haben jedoch gezeigt, dass diese Effekte bei Vorhandensein starker regionaler Identitäten, umfangreicher Kompetenzen der regionalen Parlamente bzw. Regierungen und/oder genuin regionaler (also nicht auf nationaler Ebene anstretender) Parteien weniger zum Tragen kommen. In diesen Fällen können regionale Wahlen sehr wohl zu „Wahlen erster Ordnung“ aufsteigen.⁴

Laut einer bekannten Studie von Daniele Caramani zählte Österreich in der Periode 1945–1995 trotz seines föderalen Charakters zu den Staaten mit den am stärksten „nationalisierten“ Parteiensystemen in Westeuropa, weil bei Nationalratswahlen die Landeswahlergebnisse für die einzelnen Parteien weniger vom nationalen Trend abwichen, als es bei vergleichbaren Wahlen in allen anderen 17 in seiner Studie berücksichtigten Ländern (mit Ausnahme von Schweden) der Fall war.⁵ Zu diesem Befund passt, dass es in Österreich bis in die jüngste Vergangenheit genuin regionale Parteien, die also nur in einem Bundesland bei Landtagswahlen erfolgreich waren, so gut wie nicht gegeben hat.⁶ Caramanis Diagnose ist jedoch insofern zu relativieren, als er nur regionale Wahlergebnisse der Parteien bei nationalen Parlamentswahlen analysierte – nicht jedoch regionale Wahlen (in Österreich: Landtagswahlen), bei denen zumindest in föderalen Staaten eine stärkere „Regionalisierung“ des Wahlverhaltens zu erwarten ist.⁷ Freilich gilt es auch hier zu differenzieren: in schwächer dezentralisierten Föderalstaaten, zu denen Österreich gehört,⁸ sind

3 Karlheinz Reif/Hermann Schmitt (1980). Nine second-order national elections: A conceptual framework for the analysis of European election results, in: *European Journal of Political Research*, 8(1), S. 3–44, hier S. 8–10; Arjan H. Schakel/Charlie Jeffery (2013). Are Regional Elections really ‘Second-Order’ Elections?, in: *Regional Studies*, 47(3), S. 323–341, hier S. 325–326.

4 Arjan H. Schakel/Valentyna Romanova (2018). Towards a scholarship on regional elections, in: *Regional & Federal Studies*, 28(3), S. 233–252, hier S. 238–241.

5 Daniele Caramani (2004). *The nationalization of politics: The formation of national electorates and party systems in Western Europe*, Cambridge, S. 84–86.

6 Marcelo Jenny (2007). Die Volatilität der österreichischen Wählerschaft im Bundesländervergleich, 1945–2006, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.): *Wechselwahlen: Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien, S. 213–230, hier S. 215–216.

7 Arjan H. Schakel (2013). Nationalisation of multilevel party systems: A conceptual and empirical analysis, in: *European Journal of Political Research*, 52(2), S. 212–236, hier S. 216–217.

8 Franz Fallend (2006). *Bund-Länder-Beziehungen*, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert

die Unterschiede zwischen den Wahlergebnissen der Parteien bei regionalen und nationalen Parlamentswahlen im Schnitt geringer als in stärker dezentralisierten Staaten (wie z. B. den USA, Kanada oder der Schweiz).⁹

Aufgrund des eingeschränkten föderalen Charakters Österreichs sind bei Landtagswahlen daher auch nur eingeschränkte regionale Effekte zu erwarten. Im Fall von Salzburg ist außerdem zu berücksichtigen, dass das hiesige Landesbewusstsein im Vergleich zu anderen Bundesländern unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. In einer 2009 durchgeführten Umfrage (n=1.900) des Instituts für Föderalismus gaben 26,1 % der befragten SalzburgerInnen an, dass es in Österreich keine Bundesländer mehr brauche. Salzburg lag damit klar über dem Österreichschnitt (20,7 %); nur in der Steiermark (26,7 %) äußerten sich noch mehr BürgerInnen in diesem Sinne.¹⁰ Bei der Frage nach derjenigen territorialen Ebene, zu der sie die größte emotionale Verbundenheit empfinden würden (Mehrfachnennungen waren nicht erlaubt), nannten nur 9,7 % der SalzburgerInnen ihr Bundesland (41,9 % führten Österreich, 24,7 % ihre Stadt bzw. Gemeinde und 23,7 % Europa an). Der Österreichschnitt betrug 22,7 %. Salzburg war damit nach Wien dasjenige Bundesland mit dem geringsten Zugehörigkeitsgefühl seiner BürgerInnen.¹¹ Seit 1945 hat in Salzburg auch nie eine reine Regionalpartei, also eine nicht zugleich auf Bundesebene aktive Partei, den Einzug in den Landtag oder die Landesregierung geschafft – ein weiterer Indikator, dass bei den Landtagswahlen nicht allzu starke regionale Effekte zu erwarten sind.

2.3 Wandel der politischen Kultur Österreichs

Die vergleichsweise hohe Kongruenz zwischen nationalen und regionalen Wahlergebnissen in Österreich ist ein Hinweis darauf, dass nationale Entwicklungen, Themen und Stimmungen in die regionale Arena hineinwirken. Des-

Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) (2006). Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 1.024–1.040, hier S. 1.024–1.034; Ludwig K. Adamovich/Bernd-Christian Funk/Gerhart Holzinger/Stefan L. Frank (2011). Österreichisches Staatsrecht. Band 1: Grundlagen, Wien/New York., S. 176.

9 Lori Thorlakson (2007). An institutional explanation of party system congruence: Evidence from six federations, in: European Journal of Political Research, 46(1), 69–95, hier S. 80–81.

10 Peter Bußjäger/Gilg Seeber (2010). Zwischen Föderalismus und Unitarismus – das föderalistische Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher nach der Föderalismusumfrage 2009, in: Peter Bußjäger/Ferdinand Karhofer/Günther Pallaver (Hg.): Föderalistisches Bewusstsein in Österreich: Regionale Identitätsbildung und Einstellung der Bevölkerung zum Föderalismus, Wien, S. 27–49, hier S. 32.

11 Ebd., S. 34.

halb scheint es notwendig, als Hintergrund für die folgende Analyse der Landtagswahlen in Salzburg einen kurzen Blick auf die Entwicklung der nationalen politischen Kultur zu werfen.

Seit den 1980er-Jahren hat die Identifikation der BürgerInnen mit den politischen Parteien, vor allem den früheren Großparteien SPÖ und ÖVP, stetig abgenommen. Als Folge davon ist die Volatilität des Wahlverhaltens gestiegen, sprich: der Anteil der WechselwählerInnen (also derjenigen WählerInnen, die sich bei einer Wahl für eine andere Partei als bei der vorangegangenen Wahl entscheiden) ist angewachsen. Parallel dazu haben negative Gefühle gegenüber der Politik zugenommen und ist das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie im Land gesunken. So erklärten z. B. laut repräsentativen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts GfK Austria 1983 noch 61 % der Befragten, dass sie einer Partei „auch gefühlsmäßig nahe stehen“ würden; bis 2017 war dieser Anteil auf 34 % zurückgegangen. Der Anteil der WechselwählerInnen bei Nationalratswahlen kletterte im selben Zeitraum von 10 % auf 34 %.¹² In der Wahltagsbefragung der Institute SORA und ISA zur (letztlich aufgehobenen) BundespräsidentInnenstichwahl am 24.5.2016 beschrieben 40 % der Befragten ihr Gefühl gegenüber der Politik in Österreich mit „enttäuscht“ und 36 % mit „verärgert“; lediglich 19 % äußerten sich „zufrieden“.¹³ Während im Jahr 2001 noch 70 % der Befragten laut Erhebungen von GfK Austria mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Österreich funktioniert, sehr oder ziemlich zufrieden waren, waren es 2017 nur mehr 44 %.¹⁴ Am stärksten manifestiert sich die generelle Krise des politischen Vertrauens, die mit skeptischen Einstellungen gegenüber der Europäischen Union (EU) und restriktiven Einstellungen in der Flüchtlingspolitik einhergeht, bei den WählerInnen der FPÖ.¹⁵

2017 zeichnet sich aber eine stimmungsmäßige Kehrtwende ab, die für die Salzburger Landtagswahl 2018 von Relevanz gewesen sein dürfte. Bei der im November dieses Jahres durchgeführten Standard-Eurobarometer-Umfrage¹⁶

12 Fritz Plasser/Franz Sommer (2018). Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise: Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch, Wien, S. 19 und 21.

13 SORA/ISA (2016). Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse: BundespräsidentInnenwahl 2016, Wien, Folie 17. Abgerufen am 1.9.2018 unter http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2016_BP-Stichwahl_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf.

14 Plasser/Sommer, Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise, S. 41 (s. Fn. 12).

15 Fritz Plasser/Gilg Seeber (2017). Politische Kultur und Demokratiebewusstsein in der Zweiten Republik, in: Ludger Helms/David Wineroither (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich, 2., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Baden-Baden/Wien, S. 337–364, hier S. 357–360.

16 Beim Standard-Eurobarometer handelt es sich um von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene, repräsentative Umfragen, die in allen EU-Mitgliedsländern und in Ländern, die sich

erklärten nämlich wieder 75 % (!) der Befragten, „mit der Art und Weise, wie Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert“, sehr oder ziemlich zufrieden zu sein.¹⁷ Bis März 2018, als die nächste Umfrage durchgeführt wurde, sollte dieser Wert sogar auf 80 % ansteigen.¹⁸ Offenbar haben der Kurswechsel in der ÖVP und die neue ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung dazu geführt, dass viele BürgerInnen, die zuvor das Gefühl hatten, ihre Anliegen würden von der Politik zu wenig gehört, sich jetzt als politisch „wirksam“ empfanden. Dem entspricht der Befund aus der AUTNES-Studie¹⁹ von 2017, dass sich von Oktober (kurz vor der Nationalratswahl) bis Dezember (rund um die Regierungsbildung) die Demokratiezufriedenheit bei FPÖ-AnhängerInnen sehr stark und bei ÖVP-AnhängerInnen stark erhöhte, während sie bei AnhängerInnen der künftigen Oppositionspartei SPÖ abflaute.²⁰

Es ist zu erwarten, dass der skizzierte Wandel der politischen Kultur in Österreich – ebenso wie die jüngste Kehrtwende – sich auch auf die Landtagswahlen in Salzburg ausgewirkt hat.

3. DIE LANDTAGSWAHL 2013

3.1 Ausgangslage²¹

2004 war Salzburg in eine neue Ära eingetreten. Seit 1945 war das Land von der ÖVP dominiert gewesen, die auch durchgehend den Landeshauptmann gestellt hatte. Bei der Landtagswahl 2004 aber gelang es der SPÖ unter ihrer

um die EU-Mitgliedschaft beworben haben, jährlich zweimal durchgeführt werden. In Österreich befragte dazu das Institut „ipr Umfragenforschung“ in den letzten Jahren jeweils ca. 1.000 Personen. Die Berichte können auf der EU-Webseite abgerufen werden (<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/General/index>).

17 Europäische Kommission (2018). Standard-Eurobarometer 88: Herbst 2017: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Brüssel, S. 128.

18 Europäische Kommission (2018). Standard-Eurobarometer 89: Frühjahr 2018: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Brüssel, S. 141.

19 Die „Austrian National Election Study“ (AUTNES) ist ein großes Forschungsprojekt, in dessen Rahmen zu den österreichischen Nationalratswahlen 2002–2017 Umfragedaten erhoben sowie Analysen von Wahlprogrammen und Medienberichten durchgeführt wurden. Die Daten können auf der Webseite von AUTNES (www.autnes.at) bzw. – für die Nationalratswahl 2017 – auf der Webseite des „Austrian Social Science Data Archive“ (AUSSDA, www.aussda.at) abgerufen werden.

20 Der Standard Online (14.3.2018). Regiert die eigene Partei, steigt die Zufriedenheit mit der Demokratie (Beitrag von Laurenz Ennser-Jedenastik für seinen Blog „Standardabweichung“).

21 Siehe zur Ausgangslage und zum Wahlkampf für die Landtagswahl 2013 auch den Beitrag von Reinhard Heinisch und Ernestine Berger im vorliegenden Jahrbuch.

populären Vorsitzenden Gabi Burgstaller, mit einem an modernen Kommunikations- und Marketing-Methoden orientierten Wahlkampf das Ruder zu übernehmen. Mit 45,4 % der Stimmen konnte sie die ÖVP (37,9 %) deutlich abhängen, und Burgstaller wurde zur Landeshauptfrau gewählt.²² Die Landtagswahl 2009 brachte für die SPÖ einen Rückschlag, sie konnte jedoch ihren Vorsprung gegenüber der ÖVP knapp verteidigen. In den folgenden Jahren rückte die ÖVP unter ihrem Vorsitzenden und Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer jun., der mehr Sach- statt Sympathiepolitik einforderte, in Meinungsumfragen wieder näher an die SPÖ heran.²³

Am 6.12.2012 wurden die Karten im Land jedoch völlig neu gemischt. An diesem Tag informierte Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanz-Landesrat David Brenner (SPÖ) die Öffentlichkeit darüber, dass durch Spekulationen einer Mitarbeiterin seines Ressorts 340 Mio. Euro aus dem Landesbudget verloren gegangen seien.²⁴ Der sogenannte „Finanzskandal“ bedeutete für Salzburg „ein politisches Erdbeben, mit Kollateralschaden für die SPÖ“.²⁵ Entgegen dem Wunsch der SPÖ, den Skandal in Ruhe gemeinsam aufzuarbeiten, setzte die ÖVP auf Neuwahlen. Die Partei fühle sich, so Haslauer, vom Regierungspartner mehrfach vorsätzlich falsch informiert, und wegen der Dimension des Skandals sei es „ein notwendiger Akt der politischen Hygiene, dass wir uns jetzt der Vertrauensfrage bei der Bevölkerung stellen“.²⁶ Die SPÖ musste sich fügen. Am 23.1.2013 beschloss der Landtag einstimmig Neuwahlen für den 5. Mai.

3.2 Wahlkampf

Der Finanzskandal bildete das beherrschende Thema des Wahlkampfes, auf das sich auch die meisten Wahlplakate bezogen. Besonders die SPÖ, aber auch die ÖVP hatten dadurch schlechte Startbedingungen. 68 % der Befragten machten in einer Umfrage des Instituts für Grundlagenforschung (IGF) Anfang Fe-

22 Herbert Dachs (2013). Salzburgs Parteien – Zwischen Berg und Tal: Die Parteien-Arena Ende der 80er-Jahre bis 2004, in: Herbert Dachs/Christian Dirninger/Roland Floimair (Hg.): Übergänge und Veränderungen: Salzburg vom Ende der 1980er Jahre bis ins neue Jahrtausend, Wien/Köln/Weimar, S. 105–178, hier S. 164–175.

23 Herbert Dachs (2014). Zwischen Restauration und Neubeginn: Die Salzburger Landtagswahl 2013, in: Andreas Khol/Stefan Karner/Günther Ofner/Dietmar Halper (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar, S. 263–276, hier S. 265–266.

24 Siehe zum Finanzskandal und dessen Aufarbeitung auch den Beitrag von Walter Scherrer im vorliegenden Jahrbuch.

25 Kronen Zeitung Lokalausgabe (8.12.2012). Ein politisches Erdbeben erschüttert Salzburg: Warum David Brenner jetzt zurücktreten wird, S. 18–19.

26 Zit. nach: meinbezirk.at/Flachgau (28.1.2013). Er will jetzt alles oder nichts.

bruar 2013 beide Regierungsparteien gleichermaßen für den Finanzskandal verantwortlich. Im Vertrauensindex der LandespolitikerInnen, der den Saldo aus Vertrauen und Nicht-Vertrauen abbildet, stürzten Burgstaller und Haslauer von +37 % bzw. +39 % im November 2012 auf jeweils –21 % ab. Einzig die grüne Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin Astrid Rössler wies mit 3 % einen positiven Saldo auf²⁷ – ein deutliches Indiz, wie sehr das Image so gut wie aller PolitikerInnen unter dem Skandal gelitten hatte.

Aufgrund des Finanzskandals, der „die Landespolitik und das Wahlvolk erschüttert und aufwühlt“, erlebte Salzburg wie selten zuvor einen „harten Wahlkampf, bei dem die Positionen der ... Akteure zum Teil stark polarisierend wirkten.“²⁸ Die SPÖ versuchte, sich als Opfer einer ihre Befugnisse überschreitenden Finanzbeamtin zu inszenieren, und verwarnte sich dagegen, das Land Salzburg in den Dreck zu ziehen. Sie warf der ÖVP Flucht vor der Verantwortung und Machtgier vor.²⁹ Die ÖVP ihrerseits schob der SPÖ die Hauptverantwortung für den Finanzskandal zu und sprach ihr generell die Finanz- und Wirtschaftskompetenz ab. Es gelang ihr, etwas in die Offensive überzugehen, indem sie ein neues KandidatInnenteam vorstellte sowie grundlegende Reformen, insbesondere in der Finanzverwaltung, und einen neuen, kooperativen Regierungsstil ankündigte.³⁰ Die FPÖ betonte (wie auch die Grünen), dass beide Regierungsparteien für das Kontrollversagen beim Finanzskandal verantwortlich seien. Sie präsentierte sich als unbestechliche Kontrollpartei sowie – in bewährter Manier – als „soziale Heimatpartei“.³¹ Insgesamt wirkte sie aber eher farblos.³² Die Grünen traten als Garant für Kontrolle, Transparenz und Ökologie auf. Das Kontrollthema, ergänzt um das Versprechen einer Politik mit Herz, stellte auch das Team Stronach in den Mittelpunkt seines Wahlkampfs.³³ Die ebenfalls kandidierenden „Piraten“ und die KPÖ erzeugten wenig Aufmerksamkeit.

27 Salzburger Fenster (13.2.2013). Landespolitiker stürzen im Wählervertrauen dramatisch ab, S. 1.

28 ORF Salzburg Online (5.5.2013). Das war der Wahlkampf 2013.

29 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 268–269 (s. Fn. 23); Armin Mühlböck (2014).

Die Salzburger Landtagswahl 2013, in: Beatrix Karl/ Wolfgang Mantl/Klaus Poier/Anita Prettenthaler-Ziegerhofer/Manfred Prisching/Bernd Schilcher (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2013, Wien/Köln/Weimar, S. 69–79, hier S. 70–71.

30 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 268 (s. Fn. 23); Mühlböck, Salzburger Landtagswahl 2013, S. 71–72 (s. Fn. 29).

31 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 268–269 (s. Fn. 23).

32 Mühlböck, Salzburger Landtagswahl 2013, S. 72 (s. Fn. 29).

33 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 269–270 (s. Fn. 23); Mühlböck, Salzburger Landtagswahl 2013, S. 72 (s. Fn. 29).

Insbesondere die Grünen erfuhren dadurch nachhaltigen Auftrieb, dass ihre Spitzenkandidatin Rössler den am 23. Jänner zur Aufklärung des Finanzskandals eingesetzten Untersuchungsausschuss des Landtags leitete.³⁴ Der Ausschuss förderte zahlreiche „haarsträubende() Belege für Inkompetenz, Sorglosigkeit, arrogante Schlamperei ... und Kontrollversagen“³⁵ zutage, die von den Oppositionsparteien für ihre Wahlwerbung genutzt wurden. Die von der SPÖ favorisierte Einzeltäterin-These wurde dadurch bald vom Generalverdacht eines größeren Systemversagens abgelöst.³⁶ Zum Nachteil der SPÖ gereichte auch, dass die Kronen Zeitung ihre wohlwollende Berichterstattung zugunsten der Landeshauptfrau-Partei eingestellt hatte.³⁷

3.3 Wahlergebnis

An der Landtagswahl vom 5.5.2013 nahmen 71 % der Wahlberechtigten teil. Gegenüber der Wahl von 2009 bedeutete das einen Rückgang von 3,4 % (siehe Tab. 1). In der Wahltagsbefragung der Institute SORA und ISA im Auftrag des ORF, in deren Rahmen 1.227 repräsentativ ausgewählte LandesbürgerInnen befragt wurden (Schwankungsbreite: +/- 2,8 %), gaben 56 % der befragten NichtwählerInnen an, deshalb nicht gewählt zu haben, weil sie „von der bisher gewählten Partei enttäuscht“ gewesen seien. Bei möglichen Mehrfachantworten nannten 54 % „wegen Korruption/Skandalen“ und 47 % „Protest gegen die Politik in Salzburg“ als Nichtwahlmotive.³⁸ In einer anderen Umfrage, die von Peter Hajek mit dem IGF-Institut im Auftrag von ATV durchgeführt wurde (1.000 Befragte, Schwankungsbreite: +/- 3,1 %), nannten 33 % der NichtwählerInnen „Protest/politikverdrossen“ als ihr Motiv, nicht wählen zu gehen.³⁹ Der Anteil der ungültigen Stimmen nahm von 1,4 % auf 3,7 % zu, was für die

34 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 269 (s. Fn. 23); Mühlböck, Salzburger Landtagswahl 2013, S. 72 (s. Fn. 29).

35 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 267–268 (s. Fn. 23).

36 Kurier Online (12.3.2013). Burgstaller ratlos vor dem U-Ausschuss; Salzburger Nachrichten (SN) Online (18.4.2013). U-Ausschussbericht zeichnet Bild des Versagens; Mühlböck, Salzburger Landtagswahl 2013, S. 69 (s. Fn. 29).

37 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 270 (s. Fn. 23).

38 SORA/ISA (2013). Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, Wien, Folie 6. Abgerufen am 1.9.2018 unter http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_itw-sbg_wahlanalyse-grafiken.pdf.

39 Peter Hajek Public Opinion Strategies (2013). Landtagswahl Salzburg 2013, Wien, Folie 5. Abgerufen am 1.9.2018 unter <http://www.peterhajek.com/media/pdf/Wahltagsbefragung%20Landtagswahl%20Salzburg.pdf>.

Zeit nach 1945 einen neuen Höchstwert bedeutete⁴⁰ und ebenfalls als Zeichen des Protests gedeutet werden kann.

Das deutlichste Signal für die Unzufriedenheit der Salzburger WählerInnen mit „ihren“ PolitikerInnen stellten jedoch die dramatischen Machtverschiebungen zwischen den politischen Parteien dar (siehe Tab. 1). Die Regierungsparteien erhielten den erwarteten „Denkzettel“. Die SPÖ stürzte von 39,4 % auf 23,8 % der abgegebenen Stimmen ab. Die ÖVP kam etwas glimpflicher davon, sie verlor „nur“ 7,5 % (nunmehr 29 %) – damit lag sie immerhin wieder vor der SPÖ. Für beide Regierungsparteien setzte es das schlechteste Wahlergebnis seit 1945. Die FPÖ gewann zwar 4 % hinzu (nunmehr 17 %), allerdings reichte dies wegen des enormen Zuwachses der Grünen erstmals seit 1949 nur für den vierten Platz. Die Grünen, die um 12,8 % zulegten und sich damit fast verdreifachten, erzielten mit 20,2 % das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Auch das Team Stronach, das bei seiner ersten Kandidatur gleich 8,3 % erzielte, konnte sich als Wahlsieger betrachten.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahl 2013

	Landtagswahl 2013			Gewinn/Verlust gegenüber Landtagswahl 2009		
	Stimmen absolut	Stimmen in %	Mandate absolut	Stimmen absolut	Stimmen in %	Mandate absolut
Wahlbeteiligung						
Wahlberechtigte	389.789			+3.721		
abgegebene Stimmen	276.597	71,0		-10.468	-3,4	
davon ungültig	10.107	3,7		+6.077	+2,3	
Parteien						
SPÖ	63.460	23,8	9	-48.025	-15,6	-6
ÖVP	77.312	29,0	11	-26.073	-7,5	-3
FPÖ	45.387	17,0	6	+8.542	+4,0	+1
Grüne	53.779	20,2	7	+32.936	+12,8	+5
Piraten	3.456	1,3	-	+3.456	+1,3	-
KPÖ	879	0,3	-	+879	+0,3	-
Team Stronach	22.217	8,3	3	+22.217	+8,3	+3

Quelle: Land Salzburg/Landesstatistik (2013). Landtagswahl am 5. Mai 2013. Abgerufen am 1.9.2018 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/ltw/index2013.html>.

40 Siehe Land Salzburg/Landesstatistik (2018). Landtagswahlen seit 1945. Abgerufen am 1.9.2018 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/ltw/index.html#hist.5.0>.

Angesichts der gewaltigen Stimmenbewegungen ist es nicht überraschend, dass besonders SPÖ und ÖVP im Vergleich zu früheren Wahlen und zu den übrigen Parteien deutlich weniger ihrer WählerInnen „behalten“ konnten, wie die WählerInnenstromanalyse von SORA/ISA im Auftrag des ORF zeigte (siehe Tab. 2). Der SPÖ gelang es nur mehr, 48 % ihrer WählerInnen von 2009 erneut für sich zu mobilisieren; bei der ÖVP waren es immerhin 64 %. Die SPÖ verlor auch besonders stark an die NichtwählerInnen (28 %), auch hier schnitt die ÖVP (–7 %) weniger schlecht ab. Interessant ist, dass auch die FPÖ lediglich eine Behalterate von 62 % schaffte. Aus ihrer Sicht wirkte sich die Konkurrenz durch das Team Stronach negativ aus, das 15 % der vormaligen FPÖ-WählerInnen an sich ziehen konnte. Die FPÖ verlor aber auch stärker an die NichtwählerInnen (13 %). Die Grünen dagegen waren am erfolgreichsten, nämlich zu 77 %, ihre WählerInnen von 2009 neuerlich von sich zu überzeugen.⁴¹

Welche sozialen Merkmale kennzeichneten die WählerInnen der einzelnen Parteien? Auch zur Beantwortung dieser Frage kann auf Daten von SORA/ISA zurückgegriffen werden (siehe Tab. 3). Dass die SPÖ nicht noch weiter abstürzte, hatte sie demnach vor allem den Frauen zu verdanken, die die einzige Gruppe bildeten, in der die Partei eine relative Mehrheit (31 %) gewinnen konnte. Unter den Männern landete sie mit 16 % Zuspruch nur an der vierten Stelle aller Parteien. Wie traditionell üblich, war die SPÖ darüber hinaus unter älteren WählerInnen (über 60-Jährigen bzw. PensionistInnen) überdurchschnittlich stark. Die ÖVP sprach ebenfalls die älteren WählerInnen – daneben die Selbstständigen – stärker an. Im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis (17 %) schnitt die FPÖ bei den Männern (24 %), den unter 30-Jährigen (25 %) und den ArbeiterInnen (32 %) besser ab. Die Grünen wiederum konn-

41 Wenngleich die festgestellten Tendenzen die gleichen sind, sei hier darauf hingewiesen, dass sich die von SORA/ISA veröffentlichten Zahlen für die WählerInnenströme von denjenigen des Referats Landesstatistik im Amt der Salzburger Landesregierung unterscheiden. So verlor z. B. die ÖVP gemäß SORA/ISA, wie erwähnt, 7 % ihrer WählerInnen von 2009 bei der Landtagswahl 2013 an die NichtwählerInnen; die Landesstatistik berechnete für denselben WählerInnenstrom hingegen 0 % (!). Die Behalterate für die Grünen betrug laut SORA/ISA 77 %, laut Landesstatistik hingegen 95 %. Siehe Land Salzburg/Landesstatistischer Dienst (2013). Landtagswahl am 5.5.2013: Endgültige Ergebnisse, Salzburg, S. 83, Tab. 4.2. Abgerufen am 1.9.2018 unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/ltw/download/LTW-2013.pdf>. Für den vorliegenden Beitrag wurden die Zahlen von SORA/ISA verwendet, die für verlässliche Hochrechnungen bekannt sind. Siehe SORA (2018). Beste Hochrechnung bei 12 von 14 Wahlen. Abgerufen am 1.9.2018 unter <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/hochrechnungen/bilanz-wahlperiode-2012-2016.html>. Man sollte sich jedoch bewusst sein, dass die verschiedenen Meinungsforschungsinstitute bzw. Statistikabteilungen der öffentlichen Verwaltung mit unterschiedlichen statistischen Methoden rechnen. Eine gewisse Vorsicht gegenüber derartigen Analysen ist daher sicherlich angebracht.

ten behaupten, nunmehr „im Zentrum der Gesellschaft präsent“⁴² zu sein: bei den Frauen wie bei den 30–59-Jährigen lagen sie mit jeweils 24 % deutlich über ihrem Gesamtergebnis von 20,2 %; bei den Angestellten unterstützten sie gar 30 %. Das Team Stronach schließlich, das insgesamt auf 8,3 % gekommen war, beeindruckte vor allem ArbeiterInnen (18 %), während es bei Frauen (5 %) und PensionistInnen (3 %) abgeschlagen hinterherhinkte.⁴³ Den Theorien des Wahlverhaltens entsprechend (siehe Abschnitt 2.1), können soziale Merkmale die Wahlergebnisse aber nur teilweise erklären. Keine soziale Gruppe wählte mehrheitlich für eine bestimmte Partei; die Angehörigen der verschiedenen Gruppen verteilten ihre Stimmen vielmehr auf mehrere Parteien.

Tabelle 2: WählerInnenstromanalyse der Landtagswahl 2013; Stimmen in 1.000 (in Klammer Anteile in Prozent)

2009	2013						
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach	Sonstige	NichtwählerInnen
SPÖ	53 (48 %)	2 (2 %)	6 (6 %)	12 (11 %)	5 (5 %)	1 (1 %)	32 (28 %)
ÖVP	3 (3 %)	65 (64 %)	7 (7 %)	14 (14 %)	5 (5 %)	1 (1 %)	7 (7 %)
FPÖ	1 (2 %)	1 (2 %)	23 (62 %)	2 (4 %)	6 (15 %)	1 (2 %)	5 (13 %)
Grüne	0 (1 %)	1 (4 %)	1 (3 %)	16 (77 %)	2 (10 %)	1 (3 %)	0 (2 %)
BZÖ	0 (3 %)	1 (7 %)	4 (34 %)	3 (25 %)	2 (18 %)	0 (4 %)	1 (9 %)
NichtwählerInnen	5 (4 %)	8 (7 %)	5 (5 %)	6 (6 %)	2 (2 %)	1 (1 %)	80 (75 %)

Lesebeispiel: 53.000 oder 48 % der SPÖ-WählerInnen von 2009 wählten auch 2013 wieder SPÖ, 2.000 oder 2 % wanderten zur ÖVP usw.

Quelle: SORA/ISA, Wahlanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, S. 2 (s. Fn. 44).

42 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 273 (s. Fn. 23).

43 Leider enthält die SORA/ISA-Wahltagsbefragung keine Daten zum Wahlverhalten nach Bildungsgrad.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen bei der Landtagswahl 2013

in Prozent der jeweiligen Gruppe	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Team Stronach
Geschlecht					
Männer	16	30	24	17	10
Frauen	31	29	8	24	5
Alter					
Unter 30-Jährige	21	21	25	22	9
30–59-Jährige	19	29	17	24	9
Über 60-Jährige	34	39	9	12	4
Beruf					
ArbeiterInnen	22	15	32	10	18
Angestellte	20	22	17	30	9
Selbstständige	5	41	19	24	11
PensionistInnen	37	37	10	12	3

Lesebeispiel: Von allen Männern, die zur Wahl gingen, wählten 16 % die SPÖ, 30 % die ÖVP usw.
 Anmerkung: Auf 100 % fehlende Werte entfielen auf andere Parteien.

Quelle: SORA/ISA, Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, Folien 7, 8 und 10 (s. Fn. 38).

Welche Themen bzw. Motive gaben für die WählerInnen den Ausschlag, für die jeweils gewählte Partei zu stimmen? Laut SORA/ISA-Wahltagsbefragung ist zunächst davon auszugehen, dass in der Salzburger Bevölkerung zum Wahlzeitpunkt pessimistische und kritische Einstellungen gegenüber der Politik stark ausgeprägt waren. 63 % der Befragten waren der Auffassung, dass sich das Land seit der letzten Landtagswahl 2009 negativ entwickelt habe; nur 9 % sahen Verbesserungen, für 22 % waren keine Veränderungen erkennbar.⁴⁴ Der Finanzskandal dürfte also die generell kritische Sicht auf die Politik (siehe Abschnitt 2.3) noch verschärft haben. Laut SORA/ISA-Wahltagsbefragung machten 57 % der Befragten die SPÖ dafür hauptverantwortlich, 42 % die ÖVP.⁴⁵ Allerdings war der Finanzskandal laut Befragten für die eigene Wahlentscheidung bei weitem nicht das wichtigste Thema. Als „sehr wichtig“ wurde

44 SORA/ISA (2013). Wahlanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, Wien, S. 5. Abgerufen am 1.9.2018 unter http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_ltw-sbg_wahlanalyse.pdf.

45 Ebd., S. 6.

von 77 % das Thema „Arbeitsplätze“ genannt; dahinter rangierten die Themen „Bildung“ (69 %), „Kosten des täglichen Lebens“ (68 %) sowie „Gesundheit und Pflege“ (66 %). Erst auf Rang 8 schien der „Finanzskandal“ (56 %) auf.⁴⁶

Bei den WählerInnen aller Parteien war das Motiv, ihre Partei in der Landesregierung sehen zu wollen, das wichtigste (siehe Tab. 4). Für die SPÖ- und ÖVP-WählerInnen war außerdem sehr wichtig, dass ihre Partei die Landeshauptfrau bzw. den Landeshauptmann stellen sollte. Die FPÖ- und GrünwählerInnen führten die Kontrolle von Missständen als vorrangiges Motiv an. Interessant ist, dass der/die SpitzenkandidatIn bei den WählerInnen keiner Partei unter die drei wichtigsten Wahlmotive gereiht wurde; für die FPÖ- und GrünwählerInnen ist dieses Motiv zudem deutlich unwichtiger als für die SPÖ- und ÖVP-WählerInnen. Das Vertrauen der WählerInnen in das politische Führungspersonal hatte sichtbar gelitten: In der bereits zitierten Hajek-Studie wird berichtet, dass auf die Frage, wer für das „Finanzdesaster“ die Verantwortung trage, 38 % der Befragten spontan „Gabi Burgstaller“, 28 % „Wilfried Haslauer“ antworteten. Auf die Frage, wer als Landeshauptfrau bzw. Landeshauptmann „eher geeignet“ wäre, nannten 43 % Haslauer und 39 % Burgstaller – immerhin 25 % aber Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz, 12 % Ex-Skiläuferin Annemarie Moser-Pröll und 6 % Stratosphärenspringer Felix Baumgartner (!).⁴⁷

Tabelle 4: Motive für die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2013

in Prozent der deklarierten WählerInnen	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Vertritt meine Interessen	74	73	58	64
Vernünftigstes Programm	55	57	42	48
Bester Spitzenkandidat	68	57	37	38
Überzeugendster Wahlkampf	37	35	29	32
Bisher gute Arbeit	53	60	44	57
„KandidatIn“ soll Landeshauptfrau/-mann bleiben/werden	77	72	42	34
Soll in Regierung	82	83	73	77
Kontrolle von Missständen	36	51	70	75

Anmerkung: Ausgewiesen ist der jeweilige Anteil der ParteiwählerInnen, die das entsprechende Motiv für „sehr wichtig“ hielten. Die Motive der WählerInnen des Team Stronach wurden aufgrund der zu geringen Fallzahl nicht berücksichtigt.

Quelle: SORA/ISA, Wahlanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, S. 7 (s. Fn. 44).

⁴⁶ SORA/ISA, Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Landtagswahl Salzburg 2013, Folie 19 (s. Fn. 38).

⁴⁷ Hajek, Landtagswahl Salzburg 2013, Folien 9 und 10 (s. Fn. 39).

3.4 Regierungsbildung⁴⁸

Nach geschlagener Landtagswahl, die bei beiden Regierungsparteien schlimme Blessuren hinterließ, legte Landeshauptfrau und SPÖ-Vorsitzende Gabi Burgstaller umgehend alle ihre politischen Ämter zurück.⁴⁹ Auch ohne sie war klar, dass sich die Regierungsbildung schwierig gestalten würde.

SPÖ und ÖVP waren trotz ihrer Verluste von zusammen 23,1 % (!) der Stimmen mit 9 bzw. 11 von 36 Mandaten im Landtag nach wie vor die stärksten Parteien (siehe Tab. 1) und hätten theoretisch eine auf eine knappe Mehrheit gestützte Regierung bilden können. Die Aussicht, als „Koalition der Verlierer“ gebrandmarkt zu werden, und die heftigen Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes rund um die Verantwortung für den Finanzskandal sprachen aber eindeutig gegen die Neuauflage einer ÖVP-SPÖ-Koalition. Zudem wies der mediale Druck in eine andere Richtung: Der Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, Manfred Perterer, ließ bereits am Tag nach der Wahl verlauten: „Eine Fortsetzung der Großen Koalition unter umgekehrten Vorzeichen wäre das Schlechteste für das Land, auch wenn die Wirtschafts- und Arbeiterkammer darauf drängen werden. Einen Auftrag der Wähler für eine solche Regierung kann nicht einmal der größte sozialpartnerschaftliche Verbiegungskünstler herleiten.“⁵⁰ Laut einer SN-LeserInnen-Umfrage wollten nur 6 % (!) wieder Schwarz-Rot in der Regierung sehen, während selbst 51 % der SPÖ-nahen LeserInnen Schwarz-Grün-Gelb befürworteten.⁵¹ Auch die „Kronen Zeitung“ stellte aufgrund von „Blitzumfragen“ vor Ort fest, dass „viele“ SalzburgerInnen eine solche Koalition unterstützen würden.⁵²

Andere Kombinationen als ÖVP-SPÖ schienen jedoch schwer umsetzbar. Die FPÖ hatte sich mit einer Äußerung ihres Parteivorsitzenden Karl Schnell über die in Österreich stattfindende „Umvolkung“⁵³ selbst aus dem Koalitionsspiel genommen. ÖVP und FPÖ allein hätten ohnehin über keine Landtagsmehrheit verfügt, und eine Koalition aus ÖVP, FPÖ und entweder Grünen oder Team Stronach bildete aufgrund der Unverträglichkeit der FPÖ mit beiden Parteien keine taugliche Option. Schnell erklärte folgerichtig, lieber in

48 Siehe zur Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2013 auch den Beitrag von Reinhard Heinisch und Ernestine Berger im vorliegenden Jahrbuch.

49 ORF Salzburg Online (6.5.2013). Rekordverluste – Burgstaller tritt zurück.

50 SN (6.5.2013). Eine Große Koalition wäre das Schlechteste, S. 1.

51 SN (13.5.2013). Mehrheit der SN-Leser will Schwarz-Grün in der Regierung, S. 2.

52 Kronen Zeitung Lokalausgabe (8.5.2013). Viele Salzburger für schwarz-grün-gelbe Koalition, S. 18–19.

53 Zit. nach Die Presse (15.4.2013). „Umvolkung in gewissen Bereichen“, S. 3.

der Opposition verbleiben zu bleiben.⁵⁴ Eine Koalition ÖVP-Grüne hätte zwar 50 % der Landtagsabgeordneten hinter sich vereint; für Mehrheitsbeschlüsse war das aber zu wenig. Deshalb legten sich die Grünen auch zunächst darauf fest, nur in eine Regierung mit ÖVP- und SPÖ-Beteiligung zu gehen.⁵⁵ Schließlich mussten sie aber zur Kenntnis nehmen, dass der Bruch zwischen ÖVP und SPÖ zu tief war, um eine solche Regierung sinnvoll erscheinen zu lassen, und sie willigten in Koalitionsverhandlungen mit ÖVP und Team Stronach ein, obwohl Bundesparteivorsitzende Eva Glawischnig für die Bundesebene eine gemeinsame Regierung mit dem Team mehrfach als No-Go bezeichnet hatte.⁵⁶

Nach knapp dreiwöchigen, vertraulich geführten Verhandlungen einigten sich die drei Parteien auf ein 68-seitiges Arbeitsübereinkommen.⁵⁷ Am 19. Juni konstituierte sich der neue Salzburger Landtag und wählte mit 21 von 36 Stimmen, gegen die Stimmen aller SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten, die neue Landesregierung, bestehend aus je drei VertreterInnen von ÖVP und Grünen und einem Vertreter des Team Stronach.⁵⁸ Diese bisher in keinem anderen Bundesland geübte Regierungskonstellation signalisierte einen Neuaufbruch, was nach dem Finanzskandal angebracht schien. Für den Politikwissenschaftler Herbert Dachs wurde damit „couragiert ein neues Kapitel in der Salzburger Landespolitik eröffnet“; das Land trat in die „Phase einer pluralistischen Konkurrenzdemokratie“ ein.⁵⁹ Erstmals nach 1945 musste die SPÖ damit – neben der FPÖ – auf den Oppositionsbänken Platz nehmen.

3.5 Vergleich Landtagswahl–Nationalratswahl

Um genauer abschätzen zu können, inwieweit bei der Landtagswahl 2013 regionale, Salzburg-spezifische Aspekte den Ausschlag gaben, soll das Landtagswahlergebnis im Folgenden mit dem Ergebnis der nächstgelegenen Nationalratswahl verglichen werden. Das war in diesem Fall die Nationalratswahl vom 29.9.2013, die also nur etwas mehr als vier Monate nach der Landtagswahl stattfand. Die SPÖ-ÖVP-Koalition auf Bundesebene, die seit 2008 regierte, hatte mit großen Herausforderungen zu kämpfen, insbesondere den Folgen der im

54 Kronen Zeitung Lokalausgabe (7.5.2013). Harter Weg zur neuen Regierung, S. 14–15.

55 Kurier (9.5.2013). Schock für ÖVP: Grüne wollen SPÖ in Regierung, S. 23.

56 SN Online (23.5.2013). Koalition in Salzburg: Grüne nehmen ÖVP-Angebot an.

57 Land Salzburg (2013). Arbeitsübereinkommen: Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen ÖVP, Grünen und Team Stronach. Abgerufen am 1.9.2018 unter <https://www.salzburg.gv.at/politik/Documents/arbeitsuebereinkommen2013.pdf>.

58 Landeskorrespondenz (19.6.2013). Landtag wählte Regierung mit Wilfried Haslauer als Landeshauptmann.

59 Dachs, Zwischen Restauration und Neubeginn, S. 276 (s. Fn. 23).